

Beschluss des Landrats vom 26.09.2024

Nr. 738

14. Mehr Grenzschutz – mehr Sicherheit

2023/220; Protokoll: pw

Dominique Erhart (SVP), Präsident der Justiz- und Sicherheitskommission, sagt, der Landrat habe den Vorstoss am 8. Juni 2023 mit 63:7 Stimmen bei 3 Enthaltungen überwiesen. Der Regierungsrat betont in seinem Bericht nun, dass er die Entgegennahme des Postulats befürwortet habe, um in dieser Sache gemeinsam mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen einen neuerlichen Anlauf auf Bundesebene nehmen zu können. Beim Anliegen handelt es sich um eine Bundeskompetenz. Der Regierungsrat hat den Vorstoss zum Anlass genommen, mit dem Anliegen an das Polizeikonkordat der Nordwestschweiz zu gelangen – dieses ist in der Folge an die Vorsteherin des eidgenössischen Finanzdepartements gelangt mit dem Antrag, die Region Zoll Nord personell zu verstärken, «um die hohe Zunahme der Vermögensdelikte durch verstärkte Grenzkontrollen in den Konkordatskantonen der Nordwestschweiz wirkungsvoller zu bekämpfen». Die Bundesbehörden hätten «volles Verständnis» für das Anliegen gezeigt und auf bereits erfolgte Massnahmen des Bundesamts für Zoll und Grenzschutz sowie die laufend erfolgenden Lageanalysen verwiesen – dem Thema Vermögensdelikte werde bei Kontrollen jeweils ein besonderes Augenmerk geschenkt. Mit Blick auf die Interessen der gesamten Schweiz habe dann aber der Bund festgestellt, dass eine personelle Verstärkung der Region Zoll Nord nicht möglich sei, weil Zoll und Grenzschutz durch die weiterhin angespannte Migrationslage stark eingebunden seien. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass er mit der gemeinsamen Anfrage der Nordwestschweizer Kantone seine Möglichkeiten ausgeschöpft hat. Eine regionale Verstärkung der Zollkräfte sei nicht zu erwarten; immerhin sei aber die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zoll in der Nordwestschweiz als hervorragend zu bezeichnen. Gestützt auf seine Ausführungen beantragt der Regierungsrat, das Postulat abzuschreiben. Die Kommission hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 2. September 2024 beraten, dies in Anwesenheit von Sicherheitsdirektorin Kathrin Schweizer und Angela Weirich. Die Generalsekretärin der Sicherheitsdirektion hat die Vorlage vorgestellt.

Die Kommission äusserte Verständnis für die Haltung des Regierungsrats, da es sich klar um eine Bundeskompetenz handelt. Es wurde aber auch die Frage aufgeworfen, welche weiteren Schritte unternommen werden könnten, um dem Anliegen – trotz der abschlägigen Antwort aus Bern – weiter Nachachtung zu verschaffen. Ein Zusammenhang zwischen der Grenznähe eines Kantons und der Kriminalitätsrate sei erkennbar. Allenfalls müsse darüber nachgedacht werden, die Polizei stärker in diese Problematik einzubinden und ihr die dafür nötigen Ressourcen und Instrumente in die Hand zu geben. Es wurde auch diskutiert, ob das Postulat stehen gelassen werden solle, um zu signalisieren, dass der Auftrag letztlich nicht erfüllt ist. Die Vertretung des Regierungsrats wies aber darauf hin, dass die Handlungsmöglichkeiten des Kantons dadurch nicht grösser würden – die Entscheidungskompetenzen in dieser Thematik lägen beim nationalen Parlament. Allenfalls sei daher zu überlegen, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die den Kanton auf Bundesebene vertreten, auf das Anliegen anzusprechen. Die Kommission beantragt dem Landrat mit 10:1 Stimmen ohne Enthaltungen, das Postulat abzuschreiben.

– *Eintretensdebatte*

Reto Tschudin (SVP) hatte das Postulat im April 2023 eingereicht, weil die SVP damals festgestellt habe, dass es in der Region eine relativ hohe Zahl an grenzüberschreitender Kriminalität gebe. Die Kriminalitätsstatistik 2023 hat dieses Bild dann leider bestätigt. Reto Tschudin hatte sich entsprechend gefreut, dass der Regierungsrat das Postulat entgegengenommen hat. Jetzt, eineinhalb Jahre später, ist die Situation in der Region unverändert schlecht respektive sogar noch

schlechter geworden. Diebstähle ab und von Fahrzeugen – oder wie man im Volksmund sagt die «Fälleler» – haben sogar zugenommen. Dieses Problem betrifft das ganze Baselbiet bis weit ins Fricktal hinein. Es ist nicht gelöst und ist vermutlich alleine mit besserer Polizeipräsenz auch nicht lösbar. Es handelt sich oft um Delinquenten, die nicht aus der Region kommen und alleinig aus Frankreich einreisen, um zu delinquieren, und dann das Land wieder verlassen. Sie überqueren also die Grenzen mindestens zweimal. Unlängst hat der Zoll eine Aktion durchgeführt, bei der die Grenze zwischen Basel und Genf während einer Nacht intensiv kontrolliert wurde. In dieser Nacht wurden über 100 Vergehen festgestellt. Dies zeigt, dass es wichtig und nützlich ist, die Grenze zu kontrollieren, und dass sich dies auf jeden Fall lohnen würde.

Der Regierungsrat führt aus, dass mit der Anfrage die Möglichkeiten ausgeschöpft seien. Das stimmt sicher für eine erste Phase. Reto Tschudin möchte aber im Namen der SVP-Fraktion beantragen, das Postulat stehen zu lassen. Dies zum einen aufgrund der symbolischen Wirkung, um zu zeigen, dass das Problem im Kanton nach wie vor besteht, und zum anderen auch verbunden mit dem Auftrag an den Regierungsrat am Thema dran zu bleiben, dies im Sinne von «steter Tropfen höhlt den Stein». Dem Bundesrat kann aus Sicht von Reto Tschudin so lange auf die Nerven gegangen werden, bis er sagt: «Ja, liebe Kathrin Schweizer aus dem Baselbiet, jetzt schicken wir halt doch ein paar Zöllner mehr in die Region». Sollte in Bern das Wissen fehlen, wie auch ohne eine Aufstockung des Grenzwachtkorps mehr Grenzwachter an die Grenze gebracht werden können, könnte bei Regierungsrätin Kathrin Schweizer nachgefragt werden. Sie hat dies beim Polizeikorps des Kantons nämlich schon gemacht und die Polizisten der Posten auf die Strasse hinausgebracht. Es gäbe also schon Lösungsansätze und es wäre nützlich, wenn der Kanton hier nochmals vorpreschen und Druck ausüben könnte. Die Region hat zudem auch einen neuen Bundesrat. Vielleicht legt dieser ein gutes Wort ein. Es lohnt sich auf jeden Fall, noch einmal zu insistieren. Reto Tschudin bittet darum, das Postulat stehen zu lassen.

Andreas Bammatter (SP) verweist darauf, dass der Kanton bereits etwas gemacht habe und der Bund im Lead sei. Entsprechend sollte man nun bei den nationalen Vertreterinnen und Vertretern in Bern vorstellig werden. Andreas Bammatter geht davon aus, dass die Nationalrätinnen Sollberger, Schneeberger und auch Nationalrat de Courten informiert sind. Wichtig zu wissen ist, dass FDP und SVP das Budget für das Militär um CHF 4 Mrd. erhöht haben. Dies könnte wieder zu Einsparungen beim Zoll und beim Grenzschutz führen. Andreas Bammatter hofft, dass in Bern diese Glocken klingeln und dass sich SVP und allenfalls FDP darum kümmern, dass sich ihre Vertretungen für das Anliegen einsetzen. Die SP macht dies bei ihrer Vertretung auch. Die SP ist für Abschreiben des Postulats.

Marc Schinzel (FDP) sagt, die FDP-Fraktion sei auch für Abschreiben des Postulats. Es handelt sich um ein wichtiges, zentrales und drängendes Problem, das unbedingt angegangen werden muss. Es ist eine klare Bundesaufgabe und jede Intervention, die dort zielführend gemacht wird, ist richtig und nötig. Es ist offensichtlich – dies zeigt jeweils auch der Tätigkeitsbericht der Polizei –, dass der Kanton aufgrund seiner Lage in einer Grenzregion besonders von dieser Kriminalität betroffen ist. Die FDP hat hier einen Schwerpunkt. Es ist ihr Ziel, Verbesserungen zu erreichen. Marc Schinzel hat es etwas überrascht, dass Andreas Bammatter vor allem die SVP und die FDP im Lead sieht. Die Kriminalitätsbekämpfung ist eigentlich eine Aufgabe von allen Parteien. Die Nationalrätinnen und Nationalräte werden sicher kontaktiert, aber es wäre natürlich schön, wenn die Nationalratsmitglieder der SP auch mitmachen und es nicht nur als bürgerliches Anliegen betrachten würden.

Tobias Beck (EVP) sagt, der Regierungsrat habe via Polizeikonkordat Nordwestschweiz das Anliegen eingebracht und leider eine Absage erhalten. Jetzt gilt es, auf Bundesebene aktiv zu wer-

den. Die Grüne/EVP-Fraktion folgt dem Antrag des Regierungsrats auf Abschreibung des Postulats.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) stellt fest, dass es im Kanton und vor allem in gewissen Gemeinden ein Problem mit Einbruchskriminalität und Fahrzeugdiebstählen gebe. Diese Kriminalität lässt sich aber nur reduzieren, wenn eine starke polizeiliche Präsenz vorhanden ist und dazu braucht es auch den Grenzschutz. Das bedeutet, dass es mehr Kontrollen braucht und somit auch eine grössere Präsenz und Sichtbarkeit des Grenzschutzkorps. Deshalb bedauert die Mitte-Fraktion, dass seitens Bundesrat keine langfristige Unterstützung für das Konkordat Nordwestschweiz kommt. Entsprechend appelliert die Mitte vehement an alle Baselbieter Parlamentarier/innen in Bern, aktiv zu werden.

Es braucht eine starke Präsenz des Grenzschutzes, aber auch der Kantonspolizei. Bekanntlich mangelt es dort an Personal und das Korps muss dringend aufgestockt werden. Es kann nicht sein, dass die Wohnungen oder Liegenschaften mit Alarm- oder Video-Anlagen ausgerüstet werden müssen. Deshalb hofft Béatrix von Sury d'Aspremont, dass der Landrat diesbezüglich geeint auftritt und die diversen Bemühungen der Kantonspolizei zur Rekrutierung und Personalaufstockung unterstützt. Sie möchte Regierungsrätin Kathrin Schweizer für ihren diesbezüglichen Einsatz danken. Die Mitte-Fraktion ist für Stehenlassen.

Andreas Bammatter (SP) hatte nicht gesagt, die FDP und die SVP seien im Lead. Er hatte nur gesagt, es seien CHF 4 Mrd. gesprochen worden für das Militär. Die Vertreterinnen und Vertreter von FDP und SVP haben dem wohl eher zugestimmt als jene der linken Seite. Er hatte auch gesagt, die SP werde ebenfalls mit ihrer Vertretung im Nationalrat reden.

Markus Graf (SVP) stellt fest, einmal mehr flüchte sich der Landrat bei diesem Thema in Ausreden. Er ist erstaunt, wie eines der dringendsten Probleme im Raum Basel vom Baselbieter Parlament nicht wahrgenommen wird. Wohl alle Anwesenden kennen jemanden, der schon einmal Opfer eines Einbruchs in Wohnungen, Autos oder Gewerbehäusern geworden ist. Eigentlich wäre der Blick in die Kriminalstatistik entsprechend nicht einmal nötig. Dies belastet die Menschen und es sollte endlich etwas passieren. Markus Graf empfiehlt gewissen Parteien dennoch, einmal einen Blick in die Statistik zu werfen. Sie verhalten sich nämlich ein bisschen wie die drei berühmten japanischen Affen: Sie wollen nichts hören, sie wollen nichts sehen und schon gar nicht darüber reden. Nicht nur die Kurve der Vermögensdelikte, sondern auch die Kurve der schweren Gewalttaten steigt leider an. Hier kommen zwei von drei Tätern aus dem Ausland. Jahrelang hatte der Bund erzählt, dass aufgrund der bilateralen Verträge und wegen der Personenfreizügigkeit keine Grenzkontrollen gemacht werden könnten. Aber fast alle Nachbarländer haben in den letzten Jahren irgendeine Art von Grenzkontrollen eingeführt. Das jüngste Beispiel ist Deutschland. Nur die Schweiz ist nach wie vor offen. Markus Graf bittet darum, das Postulat stehenzulassen, weil man ansonsten in Bern nicht gehört wird. Der Druck muss aufrechterhalten werden.

Stephan Ackermann (Grüne) stellt fest, die SVP habe mehrere Vertreter in der JSK. Das Geschäft kommt aber nur mit einer Gegenstimme aus dieser Kommission heraus. Wie erklärt sich dies? Stephan Ackermann deutet es so, dass die SVP einfach ihr Kernthema breitschlagen möchte, was sie auch gemacht hat. Ziel also erreicht.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) sagt, die Dotierung des Grenzschutzes in der Nordwestschweiz sei ein uraltes Thema. Vor einem oder zwei Jahren wurde eine Standesinitiative abgeschrieben, mit welcher der Landrat in Bern Einfluss für einen Aufbau des Grenzschutzes nehmen wollte. Der vorliegende Vorstoss hat nun gefordert, der Regierungsrat solle beim Bundesrat bezüglich des Anliegens vorstellig werden. Der Regierungsrat hat deutlich mehr gemacht und das ganze

Konkordat zusammengenommen. Ein Kanton hat weniger Kraft als das ganze Polizeikonkordat. Es wurde gemeinsam ein Schreiben an Bundesrätin Keller-Sutter verfasst, mit dem man dann halt einfach aufgelaufen ist. Auch wenn das Postulat stehen gelassen wird, kann der Regierungsrat nicht mehr machen als Briefe zu schreiben. Regierungsrätin Kathrin Schweizer glaubt auch nicht, dass ein steter Tropfen in dieser Frage viel bringen wird. Wahrscheinlich müsste ein anderer Weg gewählt werden und zwar einer über das Bundesparlament. Die Finanzsituation des Bundes ist bekannt und innere und nationale Sicherheit stehen derzeit etwas in Konkurrenz. Das Pendel wird vermutlich nicht dahin schwenken, dass es mehr Zöllner an der Grenze geben wird. Regierungsrätin Kathrin Schweizer bittet darum, das Postulat abzuschreiben. Sollte es neue Ideen geben, wird der Regierungsrat gerne noch einmal einen Versuch machen. Mehr vom Gleichen bringt aber einfach nichts.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 47:31 Stimmen wird das Postulat 2023/220 abgeschrieben.
